

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 35

17. April

1916

Bekanntmachung

über die Festsetzung von Pachtpreisen für Kleingärten.
Vom 4. April 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzblatt S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Zum Zwecke gärtnerischer Nutzung dürfen Grundstücke in Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern nicht zu höheren als den von der unteren Verwaltungsbehörde festgesetzten Preisen verpachtet werden.

Die Festsetzung erfolgt nach Anhörung von landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Sachverständigen unter Berücksichtigung der Pachtweise, die in den Jahren 1911, 1912 und 1913 für gleiche oder ähnliche Grundstücke derselben Gegend durchschnittlich gezahlt worden sind.

§ 2. Diese Vorschrift findet auch für die künftig zu zahlenden Preise bei Verträgen, die vor Inkrafttreten dieser Bekanntmachung, aber nach dem 4. August 1914 abgeschlossen sind, derart Anwendung, daß der Pachtpreis sich für die Zeit nach dem Inkrafttreten dieser Bekanntmachung nach Maßgabe des § 1 ermäßigt.

§ 3. Streitigkeiten über die Höhe der Pachtpreise werden unter Ausschluss des Rechtsweges endgültig durch die untere Verwaltungsbehörde entschieden.

Sie kann bestimmen, daß, wer entgegen den Vorschriften der §§ 1 und 2 zu hohe Pachtpreise erhebt, den zuviel erhobenen Betrag in dreifacher Höhe an die Kasse des Ortsarmenverbandes des belegenen Grundstückes zu entrichten hat. Den zu entrichtenden Betrag setzt die untere Verwaltungsbehörde fest. Gegen ihre Entscheidung ist binnen einer Woche Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde zulässig. Diese entscheidet endgültig. Die Beitreibung erfolgt nach den Vorschriften über die Beitreibung öffentlicher Abgaben.

§ 4. Die Landeszentralbehörden erlassen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen. Sie bestimmen, wer als untere Verwaltungsbehörde und als höhere Verwaltungsbehörde im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Berlin, den 4. April 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

Bekanntmachung

über die Festsetzung von Pachtpreisen für Kleingärten.
Vom 7. April 1916.

Auf Grund des § 4 der Verordnung des Bundesrats über die Festsetzung von Pachtpreisen für Kleingärten vom 4. April 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 234) wird folgendes bestimmt:

Im Sinne der Verordnung ist als untere Verwaltungsbehörde in Gemeinden mit Städteordnung der Oberbürgermeister (Bürgermeister), im übrigen das Kreisamt, und als höhere Verwaltungsbehörde der Kreisausschuß anzusehen.

Darmstadt, den 7. April 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Hombergk.

Bekanntmachung

betr. Aenderung der Ausführungsbestimmungen zur Bekanntmachung, betr. die private Schwefelwirtschaft, vom 14. November 1915 (Zentralblatt für das Deutsche Reich, Seite 461).

Im § 7 der Ausführungsbestimmungen zur Bekanntmachung, betr. die private Schwefelwirtschaft, vom 14. November 1915 (Preisblatt Nr. 104) wird die Zahl 8,0 mit Wirkung vom 15. April 1916 ab durch die Zahl 13,0 ersetzt.

Berlin, den 6. April 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Delbrück.

Anweisung

über die Lostrennung, Behandlung, Verpackung, Bezeichnung und Versendung von Rohfetten. Vom März 1916.

Mit Zustimmung des Reichskanzlers wird gemäß § 3 Absatz 1 der Verordnung über Rohfette vom 16. März 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 165) folgende Anweisung über die Lostrennung und die Behandlung, Verpackung, Bezeichnung und Versendung der Rohfette erlassen:

I.

Die Vorschriften dieser Anweisung finden Anwendung auf die Lostrennung und Behandlung, Verpackung, Bezeichnung und Versendung der Rohfette von Rindvieh und Schafen, sofern die Ablieferung der Rohfette an Schmelzen oder Sammelstellen ge-

mäß § 2 Absatz 1 der Verordnung über Rohfette vom 16. März 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 165) verlangt worden ist.

Rohfette im Sinne dieser Verordnung sind:

1. die Innenfette (Nierenfett oder Fleischfetten, Darm-, Netz-, Magen-, Herzbeutel-, Brust- und Schloßfette);
2. die Abfallfette (die beim Reinigen und Schleimen der Därme gewonnenen Fette);
3. Fettbrocken, soweit sie sich beim Verlaufe von Fleisch ergeben.

II.

Lostrennung der Innenfette und Abfallfette.

Die Innenfette sind unmittelbar nach der Schlachtung an der Schlachthofstelle von dem Tierkörper vollständig loszutrennen. Insbesondere ist auch das Nierenfett von den Fleischstücken vollständig loszutrennen. Alle anhaftenden Fleisch- und sonstigen Gewebeteile sind gründlich zu entfernen.

Beim Reinigen und Schleimen der Därme sind die Abfallfette vollständig zu gewinnen.

III.

Behandlung, Verpackung, Bezeichnung und Versendung der Innenfette und Abfallfette bei Versendung nach auswärtigen Schmelzen oder Sammelstellen.

1. Behandlung.

An den Fettstücken liegendes Blut ist mit einem trockenen Tuche zu beseitigen. Die Fettstücke sind hierauf zu salzen und auszukühen. Stehen Kühlräume nicht zur Verfügung, so sind die Fettstücke zur Auskühlung in Abständen frei aufzuhängen. Kleinere Fettstücke können zur Auskühlung auf schräggeneigten Brettern gelagert werden. Die Räume, in denen die Fettstücke aufgehängt oder gelagert werden, müssen gegen Sonne geschützt und luftig sein. Stellräume dürfen nur verwendet werden, wenn sie trocken und luftig sind.

2. Verpackung.

Innenfette und Abfallfette sind getrennt zu verwiegen und getrennt zu verpacken. Für die Verendung sind als Beförderungsfässer Körbe zu verwenden, deren Geflecht der Luft guten Durchlaß gewährt. Die Unternehmer von Schlachtungen haben die Beförderungsfässer rechtzeitig bei den Schmelzen anzufordern, von denen sie kostenlos gestellt werden.

Falls Schmelzen in der ersten Zeit zur Bestellung von Körben nicht in der Lage sind, können andere geeignete, luftdurchlässige Beförderungsfässer (durchbrochene Risten, Säcke) verwendet werden. Die Verendung von geschlossenen Risten und Fässern oder ähnlichen geschlossenen Behältnissen ist verboten.

3. Bezeichnung.

Die Beförderungsfässer haben die Aufschrift „Kriegsaus-schuß-Rohfette“ deutlich leserlich zu tragen. Außer der Adresse der Bestimmungsschmelzen oder Sammelstellen ist die Adresse des Absenders und eine fortlaufende Nummer anzubringen.

Der Absender hat gleichzeitig mit dem Abgang der Sendung den Bestimmungsschmelzen oder Sammelstellen auf Tageszetteln die Art der Rohfette, die Gewichte getrennt für Innenfette und Abfallfette und bei frischem Rinderfett die Preisklasse anzuzeigen. Die Tageszettel haben bei den angezeigten Posten die den Sendungen entsprechenden fortlaufenden Nummern anzugeben.

Die Schmelzen oder Sammelstellen haben die Anzeigen unverzüglich nachzuprüfen. Die angegebenen Gewichte und Preisklassen gelten als anerkannt, wenn sie nicht unverzüglich beanstandet werden.

4. Versendung.

Die Unternehmer von Schlachtungen haben die Innenfette und Abfallfette nach ihrer Auskühlung unverzüglich, spätestens am Tage nach der Schlachtung, an die vom Kriegsauschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette benannten Schmelzen oder Sammelstellen zu versenden.

Im Zweifelsfalle ist beim Kriegsauschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette, Rohfettabteilung, Berlin W 8, Friedrichstraße 79a, unverzüglich anzufragen, an welche Schmelze oder Sammelstelle zu liefern ist.

Die Unternehmer von Sammelstellen haben die abgelieerten Innenfette und Abfallfette unverzüglich, spätestens am Tage nach dem Eingang der Sendung, an die vom Kriegsauschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette benannten Schmelzen weiterzusenden. Alle Rohfettversendungen sind als Güter zu Frachtfähigen aufzugeben.

IV.

Behandlung, Verpackung, Bezeichnung und Versendung der Innen- und Abfallfette bei Ablieferung an Schmelzen oder Sammelstellen am gleichen Orte.

Sind die Innenfette und Abfallfette an Schmelzen oder Sammelstellen am gleichen Orte zu liefern, so sind sie ohne weitere

Behandlung, Verpackung oder Bezeichnung am gleichen Tage — nach Möglichkeit unmittelbar von der Schlachtstelle aus — zur Schmelze oder Sammelstelle zu verbringen.

Werden sie an eine Sammelstelle am gleichen Orte abgeliefert, von der sie an eine auswärtige Schmelze zu versenden sind, so finden die Vorschriften des Abschnitts III über die Behandlung, Verpackung, Bezeichnung und Versendung entsprechende Anwendung.

Behandlung, Verpackung, Bezeichnung und Versendung von Fettbroden.

Fettbroden, die sich beim Verkauf von Fleisch ergeben, sind während der Verkaufszeit zu sammeln, kühl zu lagern und spätestens am Tage nach dem Anfall an die vom Kriegsausschuss für pflanzliche und tierische Öle und Fette bezeichneten Schmelzen oder Sammelstellen abzuliefern.

Beim Versand nach auswärtigen Schmelzen oder Sammelstellen finden die Vorschriften des Abschnitts III über die Behandlung, Verpackung, Bezeichnung und Versendung entsprechende Anwendung. Die Versendung kann in den gleichen Beförderungsfässen mit Innenfetten und Walfetten erfolgen; die Fettbroden sind jedoch in diesem Falle getrennt von den Innenfetten und Walfetten zu verpacken.

VI.

Zu widerhandlungen gegen diese Vorschriften sind nach § 13 Nr. 3 der Verordnung über Rostfette vom 16. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 165) mit Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bedroht.

Berlin, den 5. April 1916.

Der Kriegsausschuss für pflanzliche und tierische Öle und Fette.
Dr. Weigelt. p. pa. Possel.

Bekanntmachung.

Nach § 1 der Bundesratsverordnung zur Einschränkung des Fleisch- und Fettverbrauchs vom 28. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 714) ist die Verabfolgung von Speisen, die ganz oder teilweise aus Fleisch bestehen, Dienstags und Freitags verboten. Von einzelnen Seiten ist diese Vorschrift dahin verstanden worden, daß damit auch die Verabfolgung von Fleischbrühen und der Verkauf sogen. Bouillonnwürfel u. dergl. an fleischlosen Tagen allgemein untersagt sei. Da indes Fleischbrühe ohne Zugabe von Fleisch und Suppenwürfel, die Fleischteile nicht enthalten, nicht als Speisen angesehen werden können, die teilweise aus Fleisch bestehen, unterliegt die Verabfolgung dieser Speisen nicht dem Beschränkungsverbot der genannten Verordnung.

Darmstadt, den 10. April 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Homberg.

Bekanntmachung

über die Vereitung von Kuchen. Vom 10. April 1916.

Unser auf Grund des § 7 Abs. 1 der Verordnung des Bundesrats über die Vereitung von Kuchen vom 16. Dezember 1915 erlassene Bekanntmachung vom 7. d. Mts. *) wird wie folgt berichtigt und abgeändert:

Im Sinne der Verordnung sind zu verstehen:

- unter „Eiern“: frische Eier sowie Eier, die durch Aufbewahrung in Kaltwasser, Wasserglaslösung, Garantolösung oder dgl. oder in Kühlhäusern oder durch Verpackung in Asche, Korn, Papier, Stroh oder dgl. haltbar gemacht sind;
- unter „Eierkonserven“: flüssiges, durch Kochsalz oder sonstige Zusätze haltbar gemachtes Eiweiß und Eigelb sowie eingetrocknetes Eiweiß und Eigelb (auch „künstliches“ Eiweiß, Trocken-eiweiß oder Eialbumin genannt);
- unter „Eiweiß“: Eiweiß jeder Art, also auch Trockeneiweiß und dgl.

Soweit an Stelle von Eiern flüssiges oder getrocknetes konserviertes Eiweiß verwandt wird, dürfen für 150 Gramm Eier neben höchstens 100 Gramm flüssigem oder 17,5 Gramm eingetrocknetem Eiweiß nicht mehr als 55 Gramm flüssiges oder 30 Gramm eingetrocknetes Eiweiß genommen werden, da 55 Gramm flüssiges konserviertes Eiweiß ebenso wie 30 Gramm eingetrocknetes Eiweiß etwa 150 Gramm frischem Ganzei enthaltenen Eidottermasse und 17,5 Gramm eingetrocknetes Eiweiß etwa 100 Gramm flüssigem frischem Eiweiß (Eiklar) entsprechen.

Darmstadt, den 10. April 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Homberg.

*) Kreisblatt Nr. 33.

Bekanntmachung.

Betr.: Einkaufsgesellschaft für das Großherzogtum Hessen; hier: Verpflichtung des Kleinhandels.

Am 30. März dieses Jahres ist auf Anregung der Großherzogtum Hessen m. b. H. gegründet worden. Die Gesellschaft hat den Zweck, Nahrungsmittel und sonstige Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens während des Krieges, und, solange die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse noch andauern, im In-

land und Ausland zu erwerben und der Bevölkerung im Großherzogtum Hessen möglichst ausreichen, und zu angemessenen Preisen zuzuführen. Ihr gehören sämtliche Kreise des Großherzogtums und vorerst die Städte Mainz, Offenbach und Gießen, und ferner Nahrungsmittelgroßhändler und Konsumvereine an. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Mainz, die Geschäftsstelle befindet sich Breidenbacherstraße 15.

Die Waren der Gesellschaft werden teils durch die Kreisämter bezw. Oberbürgermeister, Bürgermeistereien usw., teils durch die angeschlossenen Großhändler und Konsumvereine in den Verkehr gebracht. Soweit die Waren durch Vermittelung des Handels verteilt werden, erfolgt die Abgabe nur an solche Kleinhandels-geschäfte, welche sich schriftlich verpflichtet haben, den Verkauf nur nach den vom Aufsichtsrat der Gesellschaft festgesetzten Bedingungen vorzunehmen. Diese Bedingungen liegen auf sämtlichen Bürgermeistereien aus. Die Unterzeichnung kann dort vorgenommen werden; sie erfolgt auf einem blauen Vorbrud und zwar in doppelter Ausfertigung.

Nur solche Geschäftsleute, welche die oben genannten Bedingungen unterzeichnet haben, an dem Vertrieb der Waren der Gesellschaft teilhaben können, so ergeht an die Inhaber aller Kleinhandels-geschäfte mit Spezerei- und ähnlichen Waren die Aufforderung, spätestens bis zum Mittwoch, den 19. d. Mts. die Unterzeichnung auf der Bürgermeisterei vorzunehmen. Nach diesem Tage werden Unterzeichnungen nicht mehr vorgenommen.

Gießen, den 14. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Unter Hinweis auf vorstehende Bekanntmachung werden wir Ihnen umgehend eine Anzahl weißer und blauer Verpflichtungsscheine übersenden und weisen Sie an:

- a) durch vorstehende Bekanntmachung zur Unterzeichnung der Bezugsbedingungen aufzufordern,
- b) die blauen Scheine in doppelter Ausfertigung unterzeichnen zu lassen, die weißen dem Geschäftsinhaber nach Unterzeichnung in je einem Abdruck auszuhängen,
- c) nach Ablauf des 19. April die je doppelt unterzeichneten blauen Scheine an uns sofort gesammelt zurückzusenden,
- d) dabei zu berichten, welche Kleinhandels-geschäfte die Bedingungen nicht unterzeichnet haben.

Unter den Begriff „Kleinhandler“ fallen alle Geschäfte, die regelmäßig Spezerei- und ähnliche Waren im Kleinen an die Bevölkerung abgeben.

Weiter benötigte Scheine können von der Einkaufsgesellschaft für das Großherzogtum Hessen in Mainz, Breidenbacherstraße 13, telegraphisch bezogen werden (Telegrammadresse: „Hessenslauf Mainz“). Nicht benötigte Scheine sind zurückzusenden.

Gießen, den 14. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Betr.: Die Einsetzung der für die Landeswaisenanstalt zu erhebenden Kollekten und Büchsegelder.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir bringen die Erlassung unserer Verfügung vom 3. Februar 1916, Kreisblatt Nr. 11, hiermit in Erinnerung.

Gießen, den 7. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B. Langermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Maul- und Klauenseuche in Gießen.

In Abänderung unserer Bekanntmachung vom 3. März d. Js. (Gießener Anzeiger Nr. 54, 4. Blatt) ordnen wir an, daß das Gebiet der Stadt Gießen ein gefährdetes Gebiet bildet.

Der Sperrbezirk (Unionbrauerei an der Hardt und der Hardthof) bleibt bis auf weiteres bestehen. Ebenso das gefährdete Gebiet der Gemarkung Heuchelheim.

Gießen, den 15. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B. Demmerde.

Betr.: Anstände an Gefällen von Holz-, Pacht-, Gras- und Pflanzgeldern für 1915.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir setzen der umgehenden Vorlage der noch rückständigen Mahn- und Pfändungsbeehle oder der Erstattung von Fehlbilanzen — spätestens innerhalb 14 Tagen — entgegen.

Gießen, den 10. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B. Demmerde.